

Antrag an den Rat Nr. A-R/0034/2011

Antrag

11.05.2011

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



Wohnen in Münster fördern – Baugruppen und Baugemeinschaften mehr Möglichkeiten eröffnen

Das Bauen in Baugemeinschaften und Baugruppen erlebt in vielen Städten einen starken Aufschwung. Die Vorteile des gemeinschaftlichen Bauens liegen nicht nur in den vielfältigen Wohnstrukturen und erreichbaren Kostenvorteilen, sondern auch im Entstehen von sozial stabilen Nachbarschaften mit einem erheblichem Identifikationsgrad. Dies ist besonders in Zeiten des gesellschaftlichen Auseinanderdriftens und der oft überforderten Nachbarschaften ein wichtiges Stabilitätsmoment für die Zukunft der Stadtgesellschaft.

Mal ist eine Baugemeinschaft eher pragmatisch an der Schaffung von preiswertem Wohneigentum interessiert; ein anderes Mal steht vielleicht neben der Eigentumbildung der weitergehende Wunsch im Vordergrund, auch in der Nutzungsphase eine Wohngruppe zu bilden und in aktiver Nachbarschaft zu leben – eben gemeinschaftlich zu wohnen. Die Gemeinsamkeit der Lebensvorstellungen, die Ähnlichkeit von Lebensstil und Milieu, die gleiche Altersgruppe oder Lebensphase können ebenso zur Gruppenzusammenstellung führen wie genau das Gegenteil davon; nämlich der Wunsch, altersgemischt und zum Beispiel mit verschiedenen ethnischen und kulturellen Einflüssen zusammen zu leben.

Eine starke Motivation für das gemeinsame Bauen in einer Baugruppe sind die architektonischen, ästhetischen und funktionellen Vorstellungen darüber, wie die eigene Wohnung oder das Haus und die Beziehung zur unmittelbaren Nachbarschaft gestaltet sein sollen.

Ein weiterer Faktor bei dieser Form des gemeinschaftlichen Bauens sind die zu erzielenden Kostenvorteile bei der Erstellung eines Wohnprojektes als freie Baugemeinschaft.

Die Ansätze der Stadt und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Wohn+Stadtbau (W+S) in der Förderung von Baugruppen und Baugemeinschaften zeigen erste Erfolge, auch wenn die im Jahre 2010 angebotenen Standorte nur begrenzte Nachfrage fanden.

Neben umfassender und vernetzter Beratung sind es insbesondere die konkreten Grundstücksangebote, die die Potenziale der Baugruppen und Baugemeinschaften aktivieren und einem Beitrag zu neuen Wohnformen in Münster leisten können.

Der Rat der Stadt Münster möge deshalb beschließen:

1. Baugruppen und Baugemeinschaften bilden ein wichtiges und innovatives Potenzial zur Deckung des zukünftigen Wohnbedarfs in Münster. Daher sollen Stadt und Wohn+Stadtbau ihre bisherigen Aktivitäten ausbauen und weitere Akteure der münsterischen Wohnungswirtschaft hierfür gewinnen und einbinden.
2. Als Grundlage für einen offensiven Umgang mit diesem Zukunftsthema wird die Verwaltung beauftragt, einen Sachstandsbericht zur bisherigen Förderung von Baugruppen und Baugemeinschaften zu geben und ein Konzept zur verstärkten Förderung von Baugruppen und Baugemeinschaften in Münster vorzulegen.
3. Die Verwaltung soll bei der Vermarktung des nicht mehr benötigten städtischen Immobilienbestandes (Liegenschaftsportfolio) insbesondere auch Baugruppen und Baugemeinschaften berücksichtigen. Für die Veräußerung von städtischen Liegenschaften an Baugruppen und Baugemeinschaften entscheidet der Liegenschaftsausschuss (AFBL) entsprechend Ratsbeschluss vom 14.11.2001 (Vorlage 954/2001 E1, Ziffer 2).

Karl-Heinz Winter
Wolfgang Heuer
Dr. Fritz Baur
Thomas Fastermann
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes

Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Dr. Thorsten Kornblum
Gaby Kubig-Steltig
Thomas Marquardt
Robert von Olberg
Kurt Pölling

Anne Schulze Wintzler
Petra Seyfferth
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger
Lars Wieneke
Maria Winkel

Kommunale Wohnungspolitik - Schaffung von finanzierbarem Wohnraum durch Eigeninitiative von Bürgern

Die Kommunale Seniorenvertretung Münster hat in Ihrer Sitzung am 24.09.2012 folgende Anregung zu geben Anregung an den Rat beschlossen:

Der Rat möge beschließen:

Bei allen Wohnungsbaumaßnahmen in der Stadt Münster wird zukünftig der Gesichtspunkt des gemeinschaftlichen Wohnens berücksichtigt und so weit als möglich, gefördert.

Begründung:

Seit geraumer Zeit beobachtet die Kommunale Seniorenvertretung Münster die Entwicklung des Wohnungsmarktes in unserer Stadt und stellt fest, dass es zunehmend an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Im Rahmen des demografischen Wandels, der öffentlich diskutierten Altersarmut und der steigenden Vereinsamung älterer Menschen wird die Stadt in Zukunft in diesem Bereich erheblich gefordert.

Besondere Bedeutung hat die Erstellung von Wohnraum zu günstigen Bedingungen, die von den Betroffenen finanziert werden können. Das gilt ebenso für junge Familien und besonders für ältere Menschen, die häufig eine zu große Wohnung nutzen und gerne eine kleinere beziehen möchten. Der frei werdende Wohnraum steht dann für andere Wohnungssuchende zur Verfügung.

In Münster gibt es bereits realisierte Wohnprojekte, die als gutes Beispiel dienen könnten. Weiter gibt es aktive Gruppen in unserer Stadt, die sich um baureife Grundstücke bemühen, um den Gedanken des gemeinschaftlichen Wohnens voran zu treiben.

Im Rahmen der Nachverdichtung und der in Zukunft zur Verfügung stehenden Konversionsflächen könnte bei entsprechender Berücksichtigung der an gemeinschaftlichem Wohnen Interessierten eine wesentliche Entlastung des Münsterschen Wohnungsmarktes erfolgen. Jede neue Wohnung in diesem Bereich macht eine andere Wohnung frei und entlastet den verknappten Wohnraum.

Die Seniorenvertretung hat mit ihrem Projekt „Rechtzeitige Vorbereitung auf ein Leben im Alter in Münster“ bereits angeregt, ein Bauvorhaben in Form einer Genossenschaft zu realisieren. Durch die Eigeninitiative von Bürgern ist eine „Genossenschaft in Vorbereitung“ tätig, die nach Erwerb eines geeigneten Grundstückes ein entsprechendes Bauvorhaben umsetzen wird.

Dieses beispielhafte Vorhaben kann weitere Interessenten aktivieren, die ähnliche Vorstellungen haben und nach einem Grundstück suchen. Wenn der Rat der Stadt Münster diesen Argumenten folgen kann und darauf dringt, dass bei entsprechenden Wohnungsbauvorhaben der Gesichtspunkt des gemeinschaftlichen Wohnens berücksichtigt wird, könnte die Eigeninitiative von Bürgern sehr erfolgreich werden.